

GÖTTINGER BLÄTTER

10.2019

Herausgeber: Die LINKE. ☆ Rotes Zentrum e.V. ☆ DKP ☆ FG BRD-Cuba ☆ VVN/BDA ☆ GROBIAN ☆ Göttinger Linke

Nach den Wahlen:

▶ AfD gestärkt und Linke geschwächt

von Eckhard Fascher

Mit den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen verändert sich das Parteiensystem weiter.

Das schlechte Wahlergebnis für DIE LINKE bei der Europawahl ist keine Eintagsfliege. DIE LINKE verliert in beiden ostdeutschen Ländern massiv, ist schwächer als bei der Europawahl und mittlerweile sogar im westdeutschen Stadtstaat Bremen etwas stärker.

Die AfD ist weiter erfolgreich: Sie wird zwar anders als bei der Europawahl in beiden Bundesländern nicht stärkste Partei, kann aber ihre Ergebnisse noch steigern. Sie wird jeweils von der Partei des jeweiligen Ministerpräsidenten trotz deren jeweiligen Verlusten von 5,7 bzw. 7,3% überflügelt. Das wird von diesen jeweils als großer Erfolg angesehen. Der Ministerpräsidenteneffekt für die SPD Brandenburg und die CDU Sachsen wird auch daran deutlich, dass die jeweiligen Parteien bei der Europawahl in ihren Ländern fast zehn Prozent schlechter abgeschnitten haben und sollte bei einer Bewertung der Ergebnisse berücksichtigt werden.

Einzig und allein die Grünen können ihren Höhenflug fortsetzen, erreichen aber nicht die Ergebnisse westdeutscher Länder.

Partei/ Sachsen	Landtag	Europawahl
Wahlbeteiligung	66,6% (+ 17,4%)	63,6% (+ 14,4%)
CDU	32,1% (- 7,3%)	23,0% (- 11,5%)
AfD	27,5% (+ 17,7%)	25,3% (+ 15,1%)
LINKE	10,4% (- 8,5%)	11,7% (- 6,6%)
GRÜNE	8,6% (+ 2,9%)	10,3% (+ 4,3%)
SPD	7,7% (- 4,6%)	8,6% (- 7,0%)
FDP	4,5% (+ 0,7%)	4,7% (+ 2,1%)
Freie Wähler	3,4% (+ 1,8%)	2,9% (+ 1,3%)
Die PARTEI	1,6% (+ 0,8%)	2,9% (+ 1,9%)
NPD	0,6% (- 4,3%)	0,8% (- 2,8%)

Partei/ Brandenburg	Landtag	Europawahl
Wahlbeteiligung	61,3% (+ 13,5%)	59,5% (+ 12,8%)
SPD	26,2% (- 5,7%)	17,2% (- 9,7%)
AfD	23,5% (+ 11,3%)	19,9% (+ 11,4%)
CDU	15,6% (- 7,4%)	18,0% (- 7,0%)
GRÜNE	10,8% (+ 4,6%)	12,3% (+ 6,2%)
LINKE	10,7% (- 7,8%)	12,3% (- 7,3%)
Freie Wähler	5,0% (+ 2,4%)	2,2% (+ 1,3%)
FDP	4,1% (+ 2,6%)	4,4% (+ 2,3%)
Die PARTEI	n.a.	2,4% (+ 1,7%)

Die zeitgleich zur Europawahl stattgefundenen Bürgerschaftswahl Bremen weicht in mehrfacher Hinsicht von der Europawahl und den letzten Landtagswahlen ab:

- ▶ DIE LINKE gewinnt Stimmen hinzu und wird bei der Bürgerschaftswahl zweistellig.
- ▶ CDU und SPD bleiben deutlich die stärksten politischen Parteien und hätten zusammen sogar eine Mehrheit. Allerdings überflügelt die CDU die SPD, die den regierenden Bürgermeister stellt.
- ▶ Die AfD bleibt hier vergleichsweise schwach und gewinnt dort auch bei der Europawahl nur wenig hinzu.
- ▶ Die Grünen gewinnen mit etwa 2% nur wenig hinzu und sind zugleich bei der Europawahl deutlich stärker.

Partei/ Bremen	Bürgerschaft	Europawahl
Wahlbeteiligung	64,0%	62,8% (+ 22,7%)
CDU	26,7% (+ 4,3%)	21,9% (- 0,5%)
SPD	24,9% (- 7,9%)	24,5% (- 9,9%)
Grüne	17,4% (+ 2,3%)	22,7% (+ 5,1%)
LINKE	11,3% (+ 1,8%)	7,9% (- 1,7%)
AfD	6,1% (+ 0,6%)	7,7% (+ 1,9%)
FDP	5,9% (- 0,7%)	4,7% (+ 1,4%)
BIW	2,4% (- 0,8%)	n.a.
Die PARTEI	1,7% (- 0,2%)	3,3% (+ 2,3%)

im Internet

https://www.goettinger-linke.de/goeblae_2019.php

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

Wahlanalyse	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. Kreisverband	7
Die LINKE. Kreisverband	8
Rotes Zentrum e.V.	9
GöLinke	10
GöLinke Ratsinfo	11
Forts. Wahlanalyse	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 11.2019
ist der 18. Oktober.
Auslieferung am 24. Oktober.

Wie sieht die Lage für die einzelnen Parteien aus:

- ▶ Populäre Ministerpräsidenten können sich gegen den Trend ihrer jeweiligen Parteien in ihren Ämtern behaupten. Regierungsbildungen werden aber schwieriger, da Koalitionen aus SPD und CDU in der Regel keine Mehrheit mehr haben.
- ▶ Vor allem im Osten werden „die da oben“ abgestraft, wozu dort auch DIE LINKE gerechnet wird.
- ▶ Trotz Stimmenverlusten ist die Rolle der CDU als (mit der CSU) bundesweit wichtigste Partei zwar angefochten. Sie profitiert aber bisher davon, ein Gegenpol zu den Grünen sein. Dabei verliert sie deutlich nach rechts, anders als in Westdeutschland, vor allem in Sachsen, nicht erst seit dem Aufkommen der AfD.

(...) weiter auf Seite 12



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: www.goettingen.vvn-bda.de • Email: vvn-goettingen@secarts.org

Veranstaltungen

„Gestohlene Jugend. Jugend-KZ's im Nationalsozialismus“

Ein Film von Iris Berghöfer und Heiner Thimm

Freitag, 25.10.2019, 19.30 Uhr
**Katholisches Pfarrheim Moringen Tan-
nenbergstr. 1, linker Eingang**

Im Film erzählen ehemalige Häftlinge der Jugendkonzentrationslager Moringen und Uckermark, wie sie als 15- oder 16-Jährige plötzlich aus dem Kreis ihrer Familien und Freund*innen heraus verhaftet wurden. Sie berichten von ihrer Ankunft im Lager, vom Häftlingsalltag, von Zwangsarbeit und Hunger, von Terror und drakonischen Strafen der SS und von der ganz persönlichen Not jedes Einzelnen.

Veranstaltet von der KZ-Gedenkstätte Moringen im Rahmen des Treffens der Generationen

Historischer Rundgang zur Erinnerungskultur in Moringen

Samstag, 26.10.2019, 10.30 Uhr
**Gräberfeld für die Opfer des Ju-
gend-KZ, Friedhof Moringen**

„Als wenn nie etwas gewesen wäre“. Mit diesen Worten beschrieb in den 1980er Jahren der ehemalige Häftling des Jugend-KZ Leopold Mraz die Situation in Moringen. Gegen große Widerstände begannen Menschen aus dem Ort und der Region mit der Aufarbeitung der Geschichte der Moringer Konzentrationslager, sie luden ehemalige Häftlinge ein, organisierten Zeitzeugengespräche, recherchierten in Archiven, erarbeiteten Dokumentationen, planten öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen, setzten sich für ein Gedenken an die Opfer ein und entwickelten Pläne für die Errichtung einer Gedenkstätte. Der Prozess der Aufarbeitung entzündete sich an zahlreichen Ereignissen und er kann an verschiedenen Orten im Stadtraum beschrieben werden.

Veranstaltet von der KZ-Gedenkstätte Moringen im Rahmen des Treffens der Generationen

„Facetten der Erinnerung“ - Podiumsgespräche

Samstag, 26.10.2019, 14.00 Uhr
**Ehemaliges Kommandanturgebäude,
Lange Straße 32, Moringen**

1989 waren es die Erinnerungen ehemaliger Häftlinge der Moringer Konzentrationslager, die den Weg für die Gründung der Lagergemeinschaft bereiteten.

In den Gesprächen mit unterschiedlichen Zeitzeug*innen wollen wir Facetten der Erinnerung aufgreifen und Aspekte der familiären, intergenerationalen Bedeutung der Erinnerung wie auch der Vermittlung der Erinnerungen im Kontext der Entwicklung der Lagergemeinschaft und des Ortes thematisieren: U.a. werden wir mit einem ehemaligen Häftling des Jugend-KZ sprechen und mit einem alteingesessenen Moringer über seine Wahrnehmung des KZ als Kind. Der Sohn eines politischen Häftlings spricht darüber wie nach dem 2. Weltkrieg die Diffamierung politischer Häftlinge andauerte.

Am Ende der Podiumsgespräche berichten Schüler*innen der KGS Moringen von ihrer Studienreise in die Gedenkstätte Auschwitz und sprechen darüber, was für sie heute Erinnerungsarbeit bedeutet.

Veranstaltet von der KZ-Gedenkstätte Moringen im Rahmen des Treffens der Generationen

Öffentliches Gedenken an die Opfer der Moringer Konzentrationslager mit anschließender Kranzniederlegung

Samstag, 26.10.2019, 16.00 Uhr
**Gedenktafel an der ehemaligen Kom-
mandantur, Lange Straße 32, Moringen**

Veranstaltet von der KZ-Gedenkstätte

Ohh Porajmos.

Ausstellungseröffnung und Workshop
Freitag, 01.11.2019, 17.00 Uhr
Stadtlabor, Schildweg 1, Göttingen

Das Roma Center zeigt die Ausstellung Ohh Porajmos. Die Comic- und Texttafeln des Sinti-Künstlers Boris Weinrich befassen sich aus der Sicht des Nachkommen mit der Verfolgung und Ermordung der Roma und Sinti, mit den Menschenversuchen und den Tätern, die unbehelligt nach dem Krieg weiter Karriere machen konnten, sowie mit Diskriminierung und Rassismus gegen Roma und Sinti bis heute. Vor dem Hintergrund des 2. Weltkriegs, aber auch aktueller Entwicklungen, gibt unser popkulturell geprägter Gastreferent, der Roma-Aktivist Vicente Rodriguez Fernandez, bei der Ausstellungseröffnung einen Workshop zur Bedeutung von Comics im Kampf gegen Faschismus und Rassismus.

Der Workshop ist für Alle offen, wir freuen uns aber, wenn Sie sich bis zum 28.10. anmelden. Die Ausstellung ist bis 15.11. zu sehen.

Veranstaltet von Roma Center e.V.

Einladung zur
Mitgliederversammlung
der VVN-BdA Kreisvereinigung Göttingen
am Samstag, 12.10.2019, 15.00 Uhr
DGB-Veranstaltungssaal, Weender Landstr. 6., Göttingen

vorgeschlagene Tagesordnung:

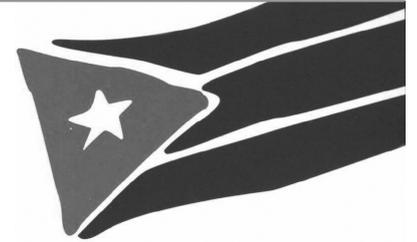
1. Begrüßung
2. Bericht zur Arbeit der VVN-BdA Kreisvereinigung
3. Überblick über die Finanzen
4. Zukünftige Vorhaben
5. Wahl eines neuen Sprecherkreises
6. Wahl unserer Delegierten im Landesvorstand
7. Sonstiges

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlung

08. Oktober um 20.00 Uhr im Berliner Hof



unser Kooperations-
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

► Würdige und solidarische Reaktion der Kubaner auf Maßnahmen der Regierung

In der Fernsehsendung Mesa Redonda dankte der Präsident des Staats- und des Ministerrates, Miguel Díaz-Canel Bermúdez, dem kubanischen Volk für die Unterstützung, die es inmitten der angespannten Energiesituation des Landes äußerte, nicht nur in Form der Zustimmung, sondern des Beitrags und der Solidarität. informacion@granma.cu

Angesichts dieser konjunkturellen Kraftstoffsituation sagte der kubanische Präsident, dass jeder, der nicht nur auf seinem kleinen Stück Ideen und Anstrengungen einbringe, als Land denke.

Zu Beginn seiner Rede in der Fernsehsendung Mesa Redonda dankte Miguel Díaz-Canel Bermúdez, Präsident des Staats- und des Ministerrates, dem kubanischen Volk für die Unterstützung, die es inmitten der angespannten Energiesituation des Landes äußerte, nicht nur in Form der Zustimmung, sondern des Beitrags und der Solidarität, was viel bedeutsamer sei als ein Öltanker. „Und an diese Einstellung sind wir gewöhnt“, sagte er. Es gebe Schwierigkeiten, die erklärt worden seien, aber es gebe keine Alarme. Die Schwierigkeiten seien vorübergehend und nicht das Ergebnis von Nachlässigkeit oder Improvisation.

Man sei vorbereitet auf mögliche Krisen, die angesichts der Aggression des Imperiums vorzusehen waren.

Alejandro Gil Fernández, Minister für Wirtschaft und Planung, erklärte, dass im Ministerrat über die Durchführung der Maßnahmen und die Suche nach Lösungen berichtet worden sei. «Kuba ist nicht gelähmt und auch wir sind es nicht in unserer Suche nach Lösungen. Es wird proaktiv an einer ausgewogenen Zuweisung der Ressourcen in den wichtigsten Wirtschaftsbereichen gearbeitet».

Gil Fernández äußerte sich zu den Einschätzungen des Ministerrates, in denen beschlossen wurde, dass soziale Aktivitäten wie Bildung, Gesundheit, Kindergärten, die produktivsten Bereiche der Lebensmittelherstellung, die öffentlichen Verkehrsmittel und andere weiterhin Vor-



Photo: Estudios Revolución

rang haben. Während das Produktionsniveau reduziert werde, funktioniere das Land weiterhin.

Auf die Sorgen um mögliche Stromabschaltungen Bezug nehmend sagte der Minister für Energie und Bergbau Raúl García Barreiro, dass daran gearbeitet werde, es nicht dazu kommen zu lassen. Wenn es jedoch Probleme bei der Erzeugung gebe und diese notwendig seien, würden sie angekündigt.

Er sagte, dass es Probleme mit dem Benzin gegeben habe, wobei die Versorgung der Tankstellen jedoch bis Ende des Monats garantiert sein werde. Der Privatsektor werde diesbezüglich nicht eingeschränkt.

Gesundheitsminister José Ángel Portal Miranda erklärte, dass alle Maßnahmen darauf abzielen, die Vitalität des Systems zu erhalten und die grundlegenden Aktivitäten zu unterstützen

► USA schränken Geldsendungen nach Kuba weiter ein

Havanna / Washington. Das Finanzministerium der Vereinigten Staaten hat neue Maßnahmen zur Einschränkung privater Geldsendungen („Remesas“) nach Kuba bekannt gegeben, wie die Nachrichtengeneratur Reuters gemeldet hat.

Ab Oktober dürfen demnach von den USA aus nur noch maximal 1000 US-Dollar pro Quartal an kubanische Staatsangehörige gesendet werden, halb so viel wie bisher. Zudem darf kein Geld mehr an Personen geschickt werden, deren „enge Verwandte“ Mitglied der Kommunistischen Partei (PCC)

sind. Dies berichtete das Lateinamerika-Portal [amerika21](http://amerika21.de).

Ausgenommen von den Einschränkungen sind Kubas kleiner Privatsektor und Nichtregierungsorganisationen, die im Rahmen der US-Kubapolitik gegen die Regierung in Havanna in Stellung gebracht werden sollen. Auch Spenden nach Kuba sind mit den neuen Regularien verboten. Darüber hinaus dürfen europäische Banken ihre Kuba-Transaktionen nicht mehr über deren US-Filialen abwickeln, was aus Angst vor Strafzahlungen jedoch be-

reits seit vielen Jahren nicht mehr gängige Praxis ist.

Die größten Auswirkungen für die Insel dürfte indes die Einschränkung der privaten Geldsendungen haben, welche im letzten Jahr bei insgesamt rund drei Milliarden US-Dollar lagen und damit noch vor den Einnahmen aus dem Tourismus rangierten. Sie zählen nach dem Export von medizinischen Dienstleistungen zu den wichtigsten Devisenquellen des Landes, so [amerika21](http://amerika21.de).

Die vollständige Meldung des Lateinamerika-Portals [amerika21](http://amerika21.de) finden Sie unter: <https://amerika21.de/2019/09/231329/usa-remesas-kuba>



Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, dkpgoettingende.wordpress.com , goettingen@dkp-niedersachsen.de

► Der Rechtsruck und die DDR

Der Rechtsruck ist in aller Munde; sei es der Aufstieg einer Fraktion auf Bundesebene, die andauernde unerträgliche faschistische Gewalt, Angriffe auf alternative Lebensentwürfe, Angriffe auf die Rechte der Frauen (z.B. Anti-Abtreibungs-„werbungs-„gesetz) und der Flüchtlinge, die aggressive und militärische Außenpolitik der BRD, die regressive Innenpolitik (z.B. Polizeigesetze der Länder) und sicherlich gehören zum Rechtsruck auch die Angriffe auf die deutsche Arbeiterklasse.

In den Leitmedien wird der Rechtsruck als Verschiebung des Parlamentarismus durch die sogenannten „Rechtspopulisten“ sowie eine gesellschaftliche Rechtsbewegung dargestellt. Auch wird der Rechtsruck geografisch in Ostdeutschland verortet und auf die DDR-Sozialisation der Bevölkerung zurückgeführt. Schließlich habe in der DDR autoritäres Denken/Ideologie geherrscht und den Menschen fehle es an demokratischer Erfahrung. Dabei wird ausgeblendet, dass inzwischen eine ganze neue Generation mit einer Post-DDR-Sozialisa-

tion existiert und die „Wiedervereinigung“ fast 30 Jahre Geschichte schreibt.

Progressive Kräfte sollten aber den Rechtsruck grundsätzlich nicht nur außerstaatlich betrachten, sondern auch die Entwicklungen im Staatsapparat als Teil dessen erkennen und den Rechtsruck als einen Teil des Klassenkampfes einordnen.

Es klingt gerade für Kommunisten wie ein Hohn, wenn der im wesentlichen von ehemaligen SS- und Gestapo-Schergen aufgebaute Staatsapparat und seine Staatsordnung mit erkonservativen, antidemokratischen Traditionen dem Sozialismus „Autoritarismus“ vorwerfen. Aber was ist eigentlich nach der „Wiedervereinigung“ oder auch der „Wende“ passiert?

Neben dem hysterischen militanten Antikommunismus, wuchs der großdeutsche Nationalismus. Staatlicher- und gesetzgeberischerseits wurden die Rechte der Frauen der DDR abgebaut. Das „liberale“ Abtreibungsrecht der DDR wurde weggewischt, die Kinderbetreuung, die den Frauen der DDR die Teilnahme am

Mitgliederversammlung im Oktober

Die Mitgliederversammlungen finden im **Roten Zentrum, Lange Geismarstr. 2**, statt.

MV Dienstag., 01. Oktober, 20:00 Uhr

Vor 60 Jahren wurde die DDR gegründet – Ein Rückblick

Dienstag., 15. Oktober, 20:00 Uhr

Kreismitgliederversammlung
s. Einladung unten links

gesellschaftlichen Leben ermöglichte, wurde dem Kaputtsparen geopfert. Die rechtliche Gleichstellung der Schwulen und Lesben wurde als Rechtsangleichung aus dem progressiveren Recht der DDR demokratisiert. Der Internationalismus der DDR wurde auf legislativer Ebene durch die Einschränkung des Asylrechts ersetzt. Der „staatlich verordnete Antifaschismus“ wurde durch „staatlich subventionierte faschistische Strukturen“ wie den Thüringer Heimatschutz ersetzt.

Inzwischen besteht die deutsche Außenpolitik nicht unwesentlich aus den „Gewehren“ der Bundeswehr: In drei Kontinenten befinden sich deutsche Soldaten, Jugoslawien wurde zum dritten Mal durch Deutschland zerschlagen und deutsche Truppen befinden sich erneut unmittelbar an der russischen Grenze.

Schließlich führte der Wegfall der DDR als „dritter Gesprächspartner“ in den Tarifrunden und Klassenkämpfen zwischen Kapital und Arbeit zu einem massiven Angriff auf die Tarife. Im Osten besteht quasi keine Tarifbindung mehr. Die gewerkschaftliche Organisation ist dort sehr niedrig. Dem Ganzen ist ein kompletter Abbau der volkseigenen Betriebe im Osten vorangegangen.

Kurzgesagt, in Wirklichkeit ist es umgekehrt zur medialen Darstellung des Zusammenhangs zwischen die DDR und dem Rechtsruck. Es ist die Konterrevolution und die Zerschlagung der DDR eine der wesentlichen Ursachen des Rechtsrucks im Osten wie bundeweit.

„Wer feiert also am 3. Oktober?“ Darüber wollen wir Anfang Oktober in der DKP Göttingen reden und ein Nachdenkprozess über die DDR anstoßen. (tl)

Einladung zur Kreismitgliederversammlung 2019

Datum: Dienstag, 15. Oktober 2019, 19.00 Uhr

Vorschlag für die Tagesordnung

01. Eröffnung und Begrüßung
02. Konstituierung der Konferenz
 - Wahl der Versammlungsleitung
 - Beschlussfassung über Tages-, Geschäfts-, Wahlordnung
 - Wahl der Mandatsprüfungskommission
 - Wahl der Wahlkommission
03. Rechenschaftsbericht
04. Kassenbericht
05. Revisionsbericht
06. Diskussion
07. Entlastung des Sprecherkreises/Kreiskassierers
08. Wahlen
 - Entscheidung über SprecherInnenkreis / Vorsitzende
 - Wahl des Leitungsgremiums der DKP-Göttingen
 - Wahl der Revisionskommission
 - Wahl der Delegierten zur Bezirksdelegiertenkonferenz
 - Wahl der Delegierten zum Parteitag
09. Antragsberatung und evtl. Beschlussfassung (Arbeitsplan und weiteres)
10. Schlusswort

Antragsschuss ist der 6. Oktober (per mail an g.siebecke@web.de)

GROBIAN GRONER BÜRGERINITIATIVE ANTIFASCHISMUS

- ☛ Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- ☛ Mail: grobian-grone.web.de
- ☛ Treffen: Donnerstags 20.00 Uhr, Jona-Gemeinde



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

► Anträge an den Ortsrat!

Hendrik Falkenberg hat am 26. August (nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe) wieder „konstruktiv“ im Ortsrat Grone mitgearbeitet und einen eigenen Antrag, der sich mit den Nöten der MieterInnen der ADLER AG beschäftigt, eingebracht (s. Kasten) sowie einen Antrag zu den Prozessen gegen AntifaschistInnen, die im vergangenen Jahr gegen den Nazi-Aufmarsch in Grone aktiv waren, initiiert und gemeinsam mit den Grünen in den OR eingebracht. (s. ebenfalls Kasten).

Ohne „HellseherInnen seien zu wollen, können wir doch bei Redaktionsschluss davon ausgehen, dass beide Anträge wohl von der Mehrheit des Ortsrates (SPD) abgelehnt worden sind, wenn

diese Ausgabe bei den AbonnentInnen der Göttinger Blätter ankommen wird. (Wenn das nicht so sein sollte, werden wir uns öffentlich entschuldigen.)

Die Begründungen werden klingen wie heruntergeleiert: Beim ersten Antrag wird's heißen, dass das eine privatrechtliche Frage und somit der Ortsrat nicht zuständig ist. Beim zweiten Antrag, dass die Angeklagten, die an der „bösen“ Straßenblockade teilgenommen haben, eben

nicht früh genug aufgestanden sind! Wenn auch auf nix Verlass iss bei der SPD, dann können wir aber sicher sein, dass sie die herrschenden Verhältnisse nicht verändern werden – und stinken sie noch so vom Himmel herab!
(gusi)



Hendrik Falkenberg (2. Reihe, links) mit der Ortsbürgermeisterin (vorn links hinter dem Transparent) bei der „guten“ Straßenblockade in Grone am 18. August 2018.

Der Antrag der Göttinger Linke

Der Ortsrat möge beschließen:

Der Ortsrat wendet sich schriftlich an die Adler AG mit der Aufforderung, alle Brandschutzstellerventile in ihrem Bestand in in Grone ordnungsgemäß zu warten, um den Brandschutz zu gewährleisten.

Begründung:

Es gibt 782 Wohnungen im Bestand der Adler Ag, deren fensterlose Badezimmer mit Brandschutzstellerventilen ausgestattet sind. Laut der Auskunft zweier Fachfirmen müssen diese Ventile jährlich gewartet werden.

Lediglich in einem Hauseingang wurde diese Wartung 2019 vorgenommen, die restlichen sind seit Jahren nicht gewartet. Das Bauordnungsamt sieht sich rechtlich außerstande, den Eigentümer zur notwendigen Wartung zu bewegen.

Deshalb sollte auf diesem Weg die Kommunikation mit dem Wohnungskonzern aufgenommen werden, um die MieterInnen der Adler AG zu unterstützen. Nun hat die Adler Ag in der Antwort auf einen offenen Brief des Stadtverbandes der Grünen sowie deren Ratsfraktion und den Piraten versichert, sich mit den MieterInnen in offener Kommunikation austauschen zu wollen. Leider warten die MieterInnen immer noch auf eine Antwort ihres offenen Briefes, wo sie bereits 2018 die Wartung der Brandschutzventile eingefordert haben. Daher sollte der Ortsrat den guten Kontakt zur Adler AG nutzen und dort die Belange der MieterInnen zur Sprache bringen. Das Thema Brandschutz ist unbestritten von Hohem öffentlichen Interesse, insbesondere im dicht besiedelten Bestand der Adler Ag, der ja sogar noch aufgetockt werden soll.

Der Antrag von Göttinger Linke und Grüne

Interfraktionale Erklärung der Mitglieder des Ortsrates Grone zur Sitzung des Ortsrates am 26.09.2019

Keine Repression für antifaschistisches Engagement.

Die Mitglieder des Ortsrates Grone verurteilen die Kriminalisierung des Antifaschistischen Widerstands gegen den Naziaufmarsch des Jens Wilke am 18. Aug. letzten Jahres.

Gegen den Aufmarsch haben die Gronerinnen und Groner mit vielfältigen Aktionen fantasievoll und friedlich protestiert.

Der Ortsrat viele Vereine, die Jonagemeinde das Nachbarschaftszentrum usw. haben gezeigt, dass sie sich alle gemeinsam gegen diese Neonazis wehren.

Dabei wurde sich auch auf der Straße, den Nazis in den Weg gesetzt. Wenn jetzt die Stadtverwaltung einzelne Menschen mit Bußgeldern überzieht dann ist das das falsche Signal. Auch die Stadtverwaltung sollte mit ihren Maßnahmen den Widerstand gegen solche Aufmärsche stärken und nicht kriminalisieren. Diese gilt insbesondere, da die Oberbürgermeisterin und weitere Mitglieder des Groner-Ortsrates ebenfalls auf der Demoroute auf der Straße saßen.



Starke Frauen

Das Winterkino Grone zeigt 2019/2020

18. Oktober

Die Malerin aus Worbswede *
Biopic, Deutschland 2016

15. November

Apfelkuchen à la provence *
Liebeskomödie, Frankreich 2015

13. Dezember

Die Mathematikerinnen der NASA *
Drama, USA 2016

Die Malerin aus Worbswede*

Paula möchte eine große Malerin werden. Aber um das Jahr 1900 traut kaum jemand einer Frau ein selbstbestimmtes Leben zu. Selbst der Vater versucht ihr diese Flausen auszureden.

Apfelkuchen à la provence *

Luise versucht verzweifelt ihren Hof zu retten. Die Bank sitzt ihr im Nacken und dann fährt sie auch noch einen Fußgänger an. Schuld bewusst nimmt sie ihn mit...

Die Mathematikerinnen der NASA *

Zur Zeit von Rassentrennung und Rechnen mit Papier und Bleistift hatten schwarze Frauen einen großen Anteil am Erfolg des NASA-Programms. Hier ist ihre Geschichte...



DIE LINKE.

www.die-linke-goettingen.de

Jugendverband [‘solid]:

In der Regel wöchentlich: Donnerstag, 19.30 Uhr bei Arbeit und Leben, Lange Geismar Str. 73

Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

Mittwoch, 23. Oktober., 19:00 Uhr, Neues Rathaus, Raum 1118

Themenschwerpunkt: Wohnungspolitik - Kommunales Handlungskonzept der Stadt Göttingen

Termine der Ortsverbände:

OV Göttingen Mitgliederversammlung:

Mitgliederversammlung:

Montag, 4. November 2019, 19:00 im Foyer des Roten Zentrum,

Thema: Nach den Wahlen. Analysen und Konsequenzen der Wahlergebnisse der LINKEN (mit Eckhard Fascher)

Filmvorführung anlässlich des 80. Jahrestags des Beginns des 2. Weltkrieges:

„Operation Gleiwitz – Seit 5 Uhr 45 wird zurückgeschossen“

Freitag, 11. Oktober 19.00 Uhr Foyer des Roten Zentrum

Der 1961 gedrehte Spielfilm zeigt akribisch den fingierten Überfall angeblicher „polnischer Freischärler“ auf den grenznahen Radiosender Gleiwitz rekonstruiert. Diese perfekt organisierte Kommandoaktion war der Vorwand für den Angriff der Nazis auf Polen, d. h. den Beginn des 2. Weltkrieges.

Mitveranstalter: Leser*innen-Initiative Junge Welt

OV Altkreis-Osterode Mitgliederversammlung:

Termin bitte bei Ilyas Cangöz erfragen!

OV Dransfeld Mitgliederversammlung:

Freitag, 11. Oktober, 19:00 Uhr, Tulpenweg 2 a, Keller, Dransfeld.

OV Bovenden Mitgliederversammlung

Nächsten Termin bitte bei Marius Fedry (vgl. Adressenspalte).erfragen.

Arbeitskreise

AG Antifa Treffen

Mittwoch, 16. Oktober, 18:00 Uhr im Foyer des Roten Zentrum.

Mittwoch, 30. Oktober, 18:00 Uhr im Foyer des Roten Zentrum.

Workshop Parolen Paroli bieten

Veranstalter: Naturfreunde Göttingen, Motorradclub Kuhle Wampe Göttingen, AG Antifa von DIE LINKE KV Göttingen/ Osterode

Zeit: Samstag 19. Oktober 2019, 10-16 Uhr

Ort: Naturfreundehaus, Naturfreundeweg 1, Göttingen

Zunehmend sehen sich sowohl Menschen, denen ein Migrationshintergrund zugeschrieben wird, als auch Unterstützer*innen aus Zivilgesellschaft und Politik fremdenfeindlichen und /oder rechtspopulistischen Bedrohungen ausgesetzt. Diese Anfeindungen kommen dabei nicht nur von Vertreter*innen der extremen Rechten, sondern auch aus der vermeintlichen Mitte der Gesellschaft. Ratlosigkeit im Umgang ist in der Regel die Reaktion.

Dieser Workshop soll die Ratlosigkeit durchbrechen und die Teilnehmer*innen in ihrer Handlungsfähigkeit stärken.

Argumentationstrainer*innen: Kristin Harney, Mobile Beratung Niedersachsen gegen Rechtsextrémismus für Demokratie (Zentrum Demokratische Bildung, Wolfsburg) und Achim Bröhenhorst, Landespräventionsrat Niedersachsen (Hannover)

Die Teilnehmer*innenzahl ist begrenzt, die Teilnahme ist kostenfrei und nur nach vorheriger Anmeldung möglich, bei goettingen@kuhle-wampe.de

Anmeldeschluss: 05.10.2019

KV Göttingen/Osterode

Lange Geissmarstraße 2, 37073 Göttingen

Tel.: 05 51 - 29 14 05 46

kreisverband@die-linke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de

Jugendverband [;solid]:

Mail: [solid\(at\)solid-goettingen.de](mailto:solid(at)solid-goettingen.de) und bei facebook

Homepage: <https://solid-goettingen.de/>

Hochschulgruppe SDS: Katja Sonntag,

E-Mail: katja.sonntag@die-linke-goettingen.de

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:

ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Bettina Weigert, Tel. 0175-1948368

rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Marius Fedry, Tel. 0159 01282354

bovenden@dielinke-goettingen.de

OV Altkreis Osterode

Ilyas Cangöz

kreis.osterode@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,

37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,

dransfeld@dielinke-goettingen.de

OV Hann. Münden

E-Mail: Hann.Muenden@die-linke-goettingen.de

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973

Festnetz: 0551-40137061

eckhardfascher@web.de

Antikapitalistische Linke

Edgar Schu, Tel. 0551-20190386

edgar.schu@goettinger-linke.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,

Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,

E-Mail: ag-gb@dielinke-goettingen.de

AG Frauen

Britta Schmerling, Tel. 0551-486538

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer

E-Mail: SL-Goettingen@web.de

Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,

E-Mail: walter.noobsch.kpf@gmx.de

AG Antifa:

ag-antifa@die-linke-goettingen.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Eckhard Fascher,

E-Mail: rlc-goettingen@rls-nds.de

<http://nds.rosalux.de/> und bei facebook.

Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Kassel Göttingen eG

IBAN DE08 5209 0000 0047 3038 00

DIE LINKE.

Kreisverband Göttingen/Osterode

Ortsmitgliederversammlung September:

▶ Europäische Militär-Union

Am 16.9. informierte Sabine Lösing bei der Mitgliederversammlung des OV Göttingen über die Militarisierung der EU. Aus ihrer zehnjährigen Erfahrung als Abgeordnete des Europaparlamentes und Mitglied im Auswärtigen Ausschuss sieht sie eine Entwicklung zu einer immer stärkeren Militarisierung der EU unabhängig von den aktuellen Mehrheitsverhältnissen. Nur die Fraktion der Europäischen Linken würde sich geschlossen gegen diese interessendominierte Außenpolitik stellen. Diese Entwicklung ist auch durch das Brexit-Referendum bestätigt worden, da die Briten eine ablehnende Haltung zu solchen gemeinsamen europäischen Militärstrukturen eingenommen hätten. Grundlage ist die „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ (englisch kurz PESCO) zu einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, an der sich alle EU-Staaten außer Großbritannien, Dänemark und Malta beteiligen.

Zusätzlich zu den nationalen Armeen und zur NATO sollen hier gemeinsame europäische Rüstungsprojekte initiiert und eine gemeinsame Militär-Union (Militär-Schengen) entwickelt werden. Es geht darum „europäische Interessen“ und den Zugang zu natürlichen Ressourcen weltweit durchsetzen zu können und dabei über alle wichtigen militärischen Ausrüstungen verfügen zu können und militärtechnisch anderen überlegen zu sein. Ziel ist dabei auch die Stärkung der europäischen Rüstungskonzerne, die finanziell gefördert und deren Exporte unterstützt werden. Wesentlichen Anteil an dieser Entwicklung hatte die neue Kommissionspräsidentin Ursula v. der Leyen als deutsche Verteidigungsministerin. Für diese Entwicklung militärischer Strukturen werden jährlich rund 50 Mrd. Euro bereitgestellt, auch aus den Töpfen zur Wirtschaftsförderung oder der Entwicklungshilfe. Geopolitisch ist hier die EU

vor allem an Nord- und Mittelfrika und Zentralasien interessiert.

In der Diskussion wurden verschiedene Bereiche der Europäischen Außenpolitik angesprochen. So wird die massive Frontstellung der EU gegen Russland von großen Teilen der Wirtschaft nicht mitgetragen. Interessanterweise treten beispielsweise im Ukraine-Konflikt viele Grüne wie die neugewählte lokale Europaabgeordnete Viola von Cramon entgegen dem friedenspolitischen Image der Partei als Scharfmacher auf.

Wirkliche außenpolitische Gegensätze zwischen der EU und den USA hat Sabine nicht wahrgenommen, wenn auch die Spannungen zugenommen haben.

Auffällig ist, dass diese öffentlichen Informationen bisher nicht wirklich in der politischen Diskussion angekommen sind, so dass diese Militarisierung weitgehend widerstandslos vor sich geht, was auch daran liegt, dass sich die europäischen Linken vor Ort um die auch durch die EU-Politik erzeugten sozialen Probleme kümmern müssen.

Die Teilnehmer stimmten darin überein, dass die grundsätzlich ablehnende Haltung der LINKEN zu Militärinterventionen gerade bei der Diskussion von Regierungsbeteiligungen nicht aufgeweicht werden soll. *ef*

Kreismitgliederversammlung:

▶ Amira und Kommunalwahl

Am 28. August fand eine Kreismitgliederversammlung mit der Oldenburger LINKEN Bundestagsabgeordneten Amira Mohamed Ali statt, die in einem Input-Referat die Schwerpunkte der Arbeit der Bundestagsfraktion darstellte und Fragen beantwortete: Anträge der LINKEN im Bundestag werden grundsätzlich abgelehnt. Als Problem im Bundestag benannte sie vor allem den Lobbyismus, der dazu führt, dass vor allem Industrie- und Kapitalinteressen Berücksichtigung finden, was demokratische Grundsätze aushöhlt. Sehr deutlich ist dies im Agrarbereich, wo der Lobbyismus wirkungsvolle Regelungen für Verbraucherinteressen und Umweltschutz blockiert, wozu Amira einige Beispiele auch in Bezug auf die Landwirtschaftsministerin Klöckner aufführte. Anders lässt sich die aktuelle Agrarpolitik kaum erklären, die

bäuerlicher Landwirtschaft das Überleben zunehmend schwieriger macht. Ausdrücklich ermuntert Amira uns, Anfragen der Bundestagsfraktion zu verschiedenen Themen anzulegen.

Weiteres wesentliches Thema der KMV war der Ausblick auf die Kommunalwahl 2021. Edgar Schu und Eckhard Fascher berichteten kurz aus ihrer jeweiligen kommunalpolitischen Arbeit und zeigten sich insgesamt zufrieden mit der Zusammenarbeit innerhalb der jeweiligen Gruppen. In der Kreistagsgruppe zeigen sich bei einer sehr weitgehenden inhaltlichen Übereinstimmung Unterschiede im Selbstverständnis. So sehen sich die Mitglieder der P2-Fraktion eher als allein ihrem Gewissen verantwortlich agierende Kreistagsabgeordnete, während sich die LINKEN

Kreistagsabgeordneten vor allem ihrer Parteibasis verpflichtet fühlen. Insgesamt gilt es stärker als bisher, auf Gruppen und Initiativen zuzugehen.

Zur Kandidatur bei der kommenden Kommunalwahl wurde ein Beschluss gefasst, der auf der Folgeseite dokumentiert wird.

Was gab es noch:

- ▶ Auf der Tagesordnung standen auch Nachwahlen eines Frauenplatzes im KSR und von weiblichen Ersatzdelegierten für den Landesparteitag. Wegen fehlender Kandidatinnen, konnten aber keine Wahlgänge durchgeführt werden.
- ▶ Die Zahl der Mitglieder im Kreisverband liegt relativ konstant bei etwa 200 Genossinnen und Genossen. Austritte werden dabei durch Eintritte ausgeglichen. Es sollen verstärkt Neumitgliedertreffen durchgeführt werden.



Dokumentation:

► Einstimmiger Beschluss der KMV vom 28.08.2019 zur Kommunalwahl

„Die Kreismitgliederversammlung befürwortet für die nächste Kommunalwahlperiode 2021 bis 2026 die Kandidatur unserer Partei in der bei den vorangegangenen Kommunalwahlen gewählten Form.

Die Kreismitgliederversammlung spricht sich dafür aus, bei der Kreistagswahl 2021 wie bisher eigenständig als Partei DIE LINKE anzutreten und favorisiert diese Variante außer in der Stadt Göttingen auch in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden.

Dort, wo Ortsverbände existieren, können abweichende Regelungen beschlossen werden.

Im Gebiet der Stadt Göttingen wird vom Kreisverband unserer Partei wie bisher die Kandidatur der Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke (GöLinke) unterstützt. Die Mitgliedschaft des Kreisverbandes in der GöLinke wird daher auch in der nächsten Kommunalwahlperiode 2021 bis 2026 fortgeführt.

Dies geschieht unter der Maßgabe, dass die GöLinke ein Bündnis linker,

in sozialistischer Tradition / Kontinuität stehender Organisationen und Einzelpersonen bleibt und keinerlei Wahlabsprachen über das bisherige Spektrum hinaus eingegangen werden.

Die Kreismitgliederversammlung wird im Anschluss an die nächste Kommunalwahl über Kooperationen mit anderen bei dieser Wahl im Landkreis Göttingen erfolgreichen Listen entscheiden. Sie erachtet die Bildung von Zählgemeinschaften („Gruppen“) als sinnvoll, wenn, bei weitestgehender programmatischer Übereinstimmung, dadurch die Mitwirkungsmöglichkeiten in den kommunalen Gremien entscheidend verbessert werden können. In diesem Zusammenhang erwartet unsere Partei von ihren Abgeordneten und Fraktionen ein eigenständiges Auftreten und eine kontinuierliche Rückkopplung mit den Gremien und der Basis der Partei bzw. der Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke.“

► UNO will Atomkraft! Was tun?

Bericht von der OMV Göttingen am 19. August

Seit der „Atomic Power for Peace“-Rede des US-Präsidenten Eisenhower vor der UNO-Generalversammlung im Jahr 1953 ist die Versorgung der Menschheit mit Atomenergie beschlossene Sache. Es hat bis heute keinen anderslautenden Beschluss gegeben. Man hatte schon damals gesehen, dass die Vorräte an fossilen Energien nicht ewig halten würden, dass der Kampf um sie häufiger Kriegsgrund sei und dass ihre Verwendung zu Emissionen und Klimawandel führe. Die Atomindustrie sollte Lösung für quasi alle Probleme sein. Jedoch gibt es seit den 60er Jahren immer wieder heftigsten Widerstand der Bevölkerung, wo Atomtechnik in die Tat umgesetzt wird. Statt der laut Atomindustrie nur alle paar tausend Jahre wahrscheinlichen schweren Atomunfälle gab es inzwischen schon mindestens drei: Harrisburg 1979, Tschernobyl 1986, Fukushima 2011. Es kann daher niemanden wundern, dass Tricksen und Tarnen im Zusammenhang mit Atomtechnik an der Tagesordnung ist.

Unsere Ortsmitgliederversammlung (OMV) begann mit einem Vortrag, welcher über die Konkretheit der Planungen informierte: Seit Jahrzehnten werde

geplant, mit Hilfe von Atomreaktoren der sogenannten IV. Generation die Menschheit mit Strom und Wasserstoff zu versorgen. Wir erfuhren, dass Wasserstoff eine Grundsubstanz ist, um z.B. weiterhin Stahl herzustellen, dies aber ohne den Einsatz von Koks und daher ohne CO₂-Emissionen. Ähnliche Bedeutung habe Wasserstoff für Düngemittelproduktion, Verpackungsindustrie und als Treibstoff für Mobilität. Befürworter einer nuklearen, also atombetriebenen Wasserstoffwirtschaft weisen darauf hin, dass diese nichts zu den weltweiten CO₂-Emissionen beitrage, da der Wasserstoff so ohne CO₂-Emissionen hergestellt werde. Im September 2000 stellte Joschka Fischer vor der UN-Vollversammlung den Eintritt Deutschlands in das Wasserstoffzeitalter vor und forderte andere Staaten auf, dies gleichzutun. Seit 2000 stieg weltweit in einer nie dagewesenen Form die Forschung für nukleare Wasserstoffwirtschaft, fachlich geführt von deutschen Forschungsinstituten.

In der heutigen Öffentlichkeit ist stets in Verbindung mit Wasserstoff von der Produktion mit Strom aus Wind und Sonne die Rede. Trotzdem gab es nach weiteren

Nachweisen der weltweiten Planungen in Gestalt z.B. einer Studie des Massachusetts Institute for Technology (MIT) von 2018 bei den Teilnehmer*innen der OMV keinen Zweifel mehr: Die Planungen einer nuklearen Wasserstoffwirtschaft, die Beteiligung der Bundesregierung und von Forschungsinstituten sind spätestens seit 2002 sehr real. Man fragte sich aber, was man dagegen unternehmen sollte.

Der Vortrag stellte die These in den Raum, dass man ohne radikale Energieeinsparung entweder konventionelle fossile Energien oder Atomkraft brauche. Verhandlungsführer der Grünen vom Atomausstieg 2001 geben offen zu, dass der Wiedereinstieg in die Atomenergie unausweichlich ist, wenn die Kohlekraftwerke abgeschaltet werden. Es ist klar: Energieeinsparungen müssten ganze Branchen durch andere Verfahrensweisen oder andere grundlegende Veränderungen fast vollständig überflüssig machen oder ersetzen. Dies müsste das Ende der energieintensiven Industrien, wie wir sie kennen, bedeuten. Alles andere wären Illusionen und Täuschungsmanöver. Bei diesen Erkenntnissen scheint die weitere Untersuchung und Diskussion und davon ausgehend auch die Kommunikation in unsere Partei hinein eine Aufgabe für unseren Kreisverband zu sein.

meng

Rotes Zentrum e.V.

im Lieschen-Vogel-Haus · Lange-Geismar-Straße 2 · 37073 Göttingen

Mail: rotes-zentrum-goettingen@posteo.de

Unser Spendenkonto und das aktuelle Veranstaltungsprogramm senden wir auf Anfrage gerne zu



► „ (...) der Zukunft zugewandt“

Gelungen und feierlich: (Neu-) Eröffnung des Roten Zentrums

Als am 21. September 2019 die Sektgläser erhoben werden und klingen, scheint die Sonne auf die Rote Fahne vor dem Haus. Zahlreiche Menschen – GenossInnen, NachbarInnen, Neugierige – sind der Einladung gefolgt, um mit den NutzerInnen des Roten Zentrums auf das Geschaffene anzustoßen und die Gelegenheit zu nutzen, einen Blick in die renovierten Räume hinter dem großen Schaufenster des Roten Foyers zu werfen.

Nach fast drei Jahren des unfreiwilligen Exils ist das Rote Zentrum wieder da: Büros, Gemeinschaftsflächen und Veranstaltungsräume auf zwei Etagen. Genutzt von Parteien, antifaschistischen Initiativen und Jugendgruppen. „Mehr als eine Zweck-WG“ soll das neue Rote Zentrum sein, erklärt der Vorstand des vor einem Jahr gegründeten Trägervereins „Rotes Zentrum Göttingen e.V.“ Für die DKP erläutert Gunnar Siebecke den Gedanken der Öffnung und der Bündnispolitik seiner Partei. Nach dem Ende der DDR und des sozialistischen Weltverbundes habe man sich 1989/1990 entschieden, das Rote Zentrum von einem Hinterzimmer in der Bertheustraße weiterzuentwickeln. Die großzügigen und stabilen Räume im Herzen der Innenstadt geben diesem eingeschlagenen Weg heute recht. Das Rote Zentrum ist „mehr als die Summe seiner Teile“, hebt auch Sabine Lösing hervor. Die unterschiedlichen parlamentarischen und außerparlamentarischen Ansätze können aufeinander verweisen; kulturelle Angebote und politische Programmatik sich ergänzen, Generationen voneinander lernen. Der neue Geist in den Räumen der Lange-Geismar-Straße 2 ist am 21. September sehr wohl spürbar. Und er wurde bereits in den zurückliegenden Monaten gelebt. Ein eigener Veranstaltungskalender lädt monatlich zur Begegnung und zum Austausch der NutzerInnen untereinander

ein. Das Format: kleiner Bildungsinhalt, kulturelle Ausgestaltung, soziale Begegnung.

Das Antifaschistische Bildungszentrum und Archiv e.V. (ABAG) gewährt an einem Informationstisch Einblicke in ihre Archivtätigkeit. Unter den Ausstellungsstücken auch ein Exemplar der göttinger Nachrichten (gN) von 1989 zum Tod der Antifaschistin Conny Wessmann. Das kommunistische Manifest vorgetragen vom Marxistischen Lesekreis auf Harburger Plattdeutsch sorgte für Staunen und Geschmunzel. Passagen desselben Textes gelesen auf Arabisch erinnern daran, dass die ArbeiterInnenbewegung eine internationale ist. Mitglieder des Vereins zur Förderung antifaschistischer Kultur e.V. tragen in einer szenischen Lesung das Ringen der Häftlinge des Konzentrationslagers Esterwegen um Würde und Selbstbehauptung vor. Gemeinsam mit den Gästen singen die Darsteller zur Gitarre das Lied der Moorsoldaten: „... dann zieh'n die Moorsoldaten, nicht mehr mit dem Spaten ins Moor!“ „Wir nehmen das Vermächtnis der ehemaligen Häftlinge der Konzentrationslager an – der Aufbau einer Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel“, erläuterte ein Vertreter des antifaschistischen Kulturvereins in einer Talkrunde, die bereits am Mittag stattfand. Es gehe heutzutage auch darum, neue Formate der Erinnerungskultur zu suchen und zu erproben. Nicht zufällig sei das gelbe Klinkerhaus in der Innenstadt von BewohnerInnen und Rote-Zentrums-NutzerInnen bereits 2012 in Lieschen-Vogel-Haus benannt worden, ergänzt die Vorsitzende des Roten Zentrums. „Die Traditionslinien des antifaschistischen Widerstands müssen wir nach innen lebendig halten, nach außen liegt es an uns, diese sichtbar zu machen“. Das kurzweilige und unterhaltsame Gesprächsformat nutzten auch Victor Perli (MdB DIE LINKE) und Lars Leopold (Landesvorsitzender DIE

RZ: Veranstaltung im Oktober

„Operation Gleiwitz – Seit 5 Uhr 45 wird zurückgeschossen“

Freitag, 11.10.2019,
19 Uhr im Roten Foyer,
Lange-Geismarstraße 2, Göttingen

Der Ortsverband der Partei DIE LINKE sowie die LeserInnen-Initiative „junge Welt“ zeigen den 1961 gedrehten Spielfilm, der akribisch den fingierten Überfall angeblicher „polnischer Freischärler“ auf den grenznahen Radiosender Gleiwitz rekonstruiert. Diese perfekt organisierte Kommandoaktion war der Vorwand für den Angriff der Nazis auf Polen, d.h. den Beginn des 2. Weltkrieges. Der Film zeigt nicht nur die eigentliche Durchführung der Aktion, sondern auch und besonderes deren (auch propagandistische) Vorbereitung – was ihn zu deutlich mehr als nur einem historischen Dokument macht. Ein Lehrstück in Sachen imperialistischer Kriegseröffnungstaktiken, da damals wie aktuell kein Aggressor gerne als Angreifer auftritt.

LINKE in Niedersachsen), um ihre Glückwünsche für das neue Rote Zentrum zu überbringen.

Bleibt am Ende eines schönen Tages darauf hinzuweisen, dass der Betrieb der Gemeinschaftsflächen und die aufwendigen Renovierungen Geld kosteten, gut 6.000 Euro mussten für Fußböden und Wände, Elektrik und Küche aufgebracht werden. Damit es mit Schwung weitergehen kann, sind regelmäßige Beiträge oder einmalige Spenden willkommen:

Rotes Zentrum Göttingen e.V.
IBAN: DE68 5209 0000 0000 2292 02
BIC: GENODE51KS1



Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

► Situation in den Schulen in der Stadt Göttingen (RoRa)

Die Stadt Göttingen ist Träger von 21 Grundschulen. 20 arbeiten als Ganztagschulen. Diese Umwandlungen beinhalten für den Schulträger, dass in allen Schulen räumliche Erweiterungen, sprich zusätzliche Unterrichtsräume, Räume für die Ganztagsbetreuung und Mensen gebaut werden müssen. Diese Summe kann im Haushalt nur verteilt über mehrere Jahre bereitgestellt werden. Das bedeutet für etliche Ganztagschulen, dass sie improvisieren müssen, bis sie die nötige räumliche Ausstattung erhalten. Die Planungen gehen bis in das Jahr 2026. Eine ganz schwierige Situation für die Kollegien, die nach einem Ganztagskonzept arbeiten sollen. Das vielgepresene Sparkonzept der Stadt Göttingen hat über Jahre Investitionen in den Grundschulausbau verhindert.

Bei den weiterführenden Schulen besteht ebenfalls ein großer Nachholbedarf für die Renovierung und Erweiterung von Schulgebäuden. Besonders betroffen davon sind die Geschwister-Scholl Gesamtschule, die Neue IGS, das Hainberg-Gymnasium und das Otto Hahn Gymnasium. Auch diese Baumaßnahmen werden geplant, aber es wird, wie bei den Grundschulen noch einige Jahre bis zum Abschluss der Baumaßnahmen dauern.

Eine schwierige Situation besteht bei der Schüleraufnahme in der Sekundarstufe I (5. Bis 10. Jahrg). In Göttingen gibt es keine staatliche Haupt- und Realschule mehr.

Im Jahr 2015 wurden 50 Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischen Unterstützungsbedarf aufgenommen. Im Jahr 2019 waren es 90 Schüler und Schülerinnen. Diese Schülerinnen und Schüler werden überwiegend in den Gesamtschulen betreut. Insgesamt besuchen 285 Schüler und Schülerinnen die Gesamtschulen und nur 30 Schüler und Schülerinnen die Gymnasien. Aufgrund der Doppelzählung dieser Schüler und Schülerinnen werden die Schulplätze an den Gesamtschulen erheblich verknappt. Dies wird sich erst dann verändern, wenn die Gymnasien durchgängig in die inklusive Beschulung einsteigen.

Für die Aufnahme im 5. Jahrgang reichen die Schülerplätze noch aus, in den höheren Jahrgängen fehlen Schülerplätze bedingt durch Zuzüge nach Göttingen und Schulwechsler von den Gymnasien (sogenannte Abschlusungen), die von den Gesamtschulen aufgenommen werden

müssen, Die angeführten Gründe und die Prognose, dass es in den nächsten Jahren zu einer wachsenden Schülerzahl kommt, führt zu einem weiteren Bedarf an Schulplätzen.

Die Stadt Göttingen muss weitere Schülerplätze in der Sekundarstufe schaffen.

Zur Diskussion im Schulausschuss stehen zur Zeit zwei Möglichkeiten.

Die Aufstockung der Zügigkeit an der Bonifatiuschule II (Oberschule in Trägerschaft des Bistums Hildesheim) von einer 2-Zügigkeit auf eine 4-Zügigkeit oder die Gründung einer neuen staatlichen Oberschule in der Heinrich-Heine-Schule.

Das Bistum Hildesheim hat angeboten auf die bisherige Quote für katholische/nichtkatholische Schüler und Schülerinnen zu verzichten und sich für alle Schülerinnen und Schüler zu öffnen.

Die Lehrerversorgung wird um 4 Förderschullehrer (für den Inklusionsbedarf) und 2 Sozialpädagogen erweitert.

Ab dem kommenden Schuljahr könnten sofort Schülerinnen und Schüler in den Jahrgängen 5-10 aufgenommen werden. Eine 3-Zügigkeit ist ohne Baumaßnahmen möglich.

Die Gründung einer staatlichen Oberschule stände in Konkurrenz zur Bonifatiuschule II, weil beide Schulen Oberschulen ohne gymnasialen Zweig sind.

Das Gebäude der Heinrich-Heine-Schule bietet Platz für eine 2-Zügigkeit. Zur Gründung ist eine Genehmigung der Landesschulbehörde erforderlich, die wiederum eine verlässliche Schülerzahlprognose von 48 Schülerinnen und Schüler je Jahrgang für einen Zeitraum von 10 Jahren voraussetzt.

Der Vorteil für die bestehenden Gesamtschulen und Gymnasien wäre, dass es sich um eine staatliche Schule handelt unter einer Trägerschaft. Dadurch muss diese Schule alle zusätzlichen Schülerinnen und Schüler (z. B. Zuzüge, Schulwechsler von Gymnasien, abgelehnte Schüler und Schülerinnen der Gesamtschulen und Gymnasien, usw.) aufnehmen.

Für die Engpässe in der Sekundarstufe I bedeutet dies, dass es im nächsten Schuljahr ein weiteres Angebot im 5. Jahrgang gibt, die Engpässe in den weiteren Jahrgängen aber noch einige Jahre vorhanden sind.

Kontakte:

**Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke**

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de
E-Mail: sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

SprecherInnenkreis:

Thomas Bahrs, Dr. Eckhardt Fascher,
Oliver Preuß, Bärbel Safieh,
Dr. Christian Schüler, Christa Siebecke

Kassierer:

Gunnar Siebecke

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon: 0551- 400 2347
GoeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:

Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:

Mo. 09:00 – 12:30 Uhr
Mi. 14:00 – 17:00 Uhr
Do. 13:00 – 17:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17.00 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger:

Rolf Ralle (Fraktionsvorsitzender)
Bärbel Safieh
Edgar Schu

Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

**Mittwoch, 23.10., 19.00 Uhr,
Neues Rathaus, Raum 1118**

Themenschwerpunkt: Wohnungspolitik – ein kritischer Blick auf die Zahlen und Aussagen im „Kommunalen Handlungskonzept zur Schaffung und Sicherung von bezahlbarem Wohnraum in Göttingen. Monitoring 2018“

Bisherige Beschlusslage der Ratsgruppe GÖLINKE/ALG

Wir befürworten die Erweiterung des Schulangebots im 5. Jahrgang um einen Zug am Max-Planck-Gymnasium und am Otto-Hahn-Gymnasium.

Die Bonifatiuschule II wird erweitert auf eine 3- bzw. 4-Zügigkeit. Die Entwicklung an dieser Schule wird im nächsten Schuljahr abgewartet.

Falls sich dadurch keine positive Entwicklung für die Gesamtschulen ergibt beantragen wir ein Göttinger Gymnasium in eine Integrierte Gesamtschule umzuwidmen. Dadurch gehen keine gymnasialen Schulplätze verloren, aber es ergibt sich eine bessere Verteilung der inklusiv zu beschulenden Schülerinnen und Schüler.

Wir wollen keine Auffangschule für Schüler und Schülerinnen, die an anderen Schulen keinen Platz finden.



Göttingen hat sich zum „sicheren Hafen“ erklärt

In der Ratssitzung am 13.9.2019 wurde Göttingen mit den Stimmen von der GöLinken/ALG-Ratsgruppe, der Piraten/Partei-Gruppe, den Grünen und der der SPD zum „sicheren Hafen“ für aus Seenot Geretteter aus dem Mittelmeer erklärt. Nachdem 2017 und 2018 sehr ähnliche Anträge noch mehrheitlich vom Rat abgelehnt wurden, hat sich nun eine Mehrheit gefunden. Einen nicht unerheblichen Anteil daran hatte die „Seebrücke Göttingen“. Sie hat zur richtigen Zeit – nämlich als die „Seawatch“ im Mittelmeer die Schlagzeilen positiv beherrschte – die Initiative ergriffen, ist auf die Fraktionen im Rat zugegangen und hat um Unterstützung angefragt. Schön an diesem Ergebnis ist auch, dass der Rat alle Forderungen der „Seebrücke Göttingen“ positiv im Ratsbeschluss mit aufgenommen hat. Das ist nicht in allen Städten selbstverständlich die sich zum sicheren Hafen erklärt haben. So hat Kassel sich zwar solidarisch mit „Seebrücke“ erklärt, aber außer der Aussage: Seenotrettung ist kein Verbrechen, kommt da nichts. So gesehen sind wir in Göttingen doch erheblich weiter, jedenfalls was die Beschlusslage angeht. Ob das aber nur schöne Worte auf geduldigem Papier sind, das wird die Zukunft zeigen. Wir haben es nämlich in Göttingen mit einer Verwaltung zu tun, die nicht immer den Willen der Politik umsetzen will. So wollte die Verwaltung diesen Antrag „Göttingen wird sicherer Hafen“ in einen Fachausschuss überwiesen haben und keine sofortige Abstimmung. Seine ablehnende Haltung gegen den Antrag zeigte OB Köhler in seinem Redebeitrag, als er plötzlich anfang über die Respektlosigkeit gegenüber seinen Mitarbeiter*Innen in der Ausländerbehörde zu schwadronieren. Den Zusammenhang hat niemand verstanden, somit bleibt es uns selbst überlassen wie wir das interpretieren. Scheinbar wurmt ihn besonders, dass die Ausländerbehörde immer wieder im Ruf steht schlecht zu arbeiten und fehlerhafte Bescheide mit fürchterlichen Auswirkungen für die Betroffenen zu erlassen. So wurde erst kürzlich gegen einen jungen Mann ein Haftbefehl von der Ausländerbehörde beantragt, von einem unerfahrenen Richter genehmigt und von der Polizei vollstreckt. Der junge Mann saß dann fast 2 Wochen in Abschiebehaft in Hannover-Langenhagen, bis ein Anwalt ihn dort „befreite“. Der Antrag für den Haftbefehl hätte gar nicht gestellt werden dürfen. Wir tun diese Vorgänge auch nicht als Lappalie oder Fehler, die jedem passieren können, ab. Es geht hier oft um traumatisierte Menschen. Und wenn der Oberbürgermeister behauptet die Ausländerbehörde schiebt nicht ab und im Rathaus ist noch niemand in der Ausländerbehörde festgenommen worden, dann sind das nur Taschenspielertricks. Wir haben dem Oberbürgermeister nicht den Gefallen getan diese Auseinandersetzung mit dem Antrag auf „sicheren Hafen“ zu überschatten. Wir haben den ersten positiven Schritt gemacht, und nun gilt es den „sicheren Hafen“ mit Leben zu füllen.

Kontaktdaten

**Fraktion Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen**
Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon: 0551- 400 2347
[goeLinke-
Ratsfraktion@goettingen.de](mailto:goeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de)

Fraktionsmitarbeiter:
Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:
Mo: 9:00 – 12:30 Uhr
Di: 13:00 – 17:00 Uhr
Mi: 14:00 – 17:00 Uhr
Do: 13:00 – 17:00 Uhr

Gelände der ehemaligen „Blauen Halle“ in Grone für „bezahlbaren Wohnraum“ reservieren

„Das städtische Grundstück am Rodeweg, auf dem die ehemalige „Blaue Halle“ stand, wird nicht an einen privaten Investor verkauft, sondern bleibt dauerhaft in städtischem Besitz. Gemeinnützige Wohnungsgesellschaften oder Wohnungsgenossenschaften wird das Grundstück in Erbpacht zur Bebauung mit Reihenhäusern für kinderreiche Familien angeboten. Es soll dort dringend benötigter bezahlbarer Wohnraum entstehen.“ So lautete unser Antrag in der letzten Ratssitzung. Der Antrag wurde mit der Mehrheit von SPD/CDU/FDP direkt entschieden und abgelehnt. Bei CDU/FPD ist das logisch, das ist so. Dass sich aber die SPD gar keiner Diskussion stellen will, das zeigt doch eher ihre völlige Desorientierung. Wie die Stadt ihrer imaginären Aufgabe nachkommen will und genügend bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung stellt, bleibt ihr großes Geheimnis. Selbst der OB sah sich genötigt in die Bütt zu steigen und erzählte Geschichten von Grundstückstausch mit der milden Stiftung. Nur hatte das hier überhaupt keinen Bezug dazu, außer das woanders auch ein paar bezahlbare Wohnungen gebaut werden. Diejenigen, die in diesen Zeiten noch Eigentum erwerben können, finden auf dem privatisierten Markt auch noch etwas. Das kann wohl unmöglich die Aufgabe der Kommune sein, die letzten Reste Grund und Boden, die wir noch besitzen zu privatisieren. Die Krokodilstränen von Baubehörde und Verwaltung kann man auch nicht mehr ernst nehmen, wenn in der nächsten Runde im Sozialausschuss das große Jammern über fehlende zu bebauende Grundstücke losgeht. Ist alles hausgemacht und kann man sehen, nur nicht verstehen.

(...) Fortsetzung „AfD gestärkt und Linke geschwächt“ von Seite 1

So ist dort mit der NPD seit 2004 bis 2014 und dann mit der AfD durchgehend eine rassistische Partei im Landtag vertreten.

- Trotz des relativen Erfolgs in Brandenburg geht der Niedergang der SPD weiter, die Rolle der stärksten Partei links der Mitte hat sie bundesweit und in vielen Bundesländern an die Grünen verloren. Jedoch können die Grünen, wenn sie (beispielsweise in schwarz-grünen Koalitionen) die Wünsche ihrer Wähler nicht erfüllen, auch wieder deutlich an Wähler zustimmung verlieren. Für die immer noch mitgliederstarke SPD wird wichtig sein, ob sie ihre aktiven Mitglieder halten kann oder diese sich anderen Parteien oder Wähler gemeinschaften anschließen bzw. ganz aus der Politik zurückziehen. Andersherum müssen die Grünen vor allem im ländlichen Raum mehr Mitglieder gewinnen, um ihren Erfolg zu verstetigen.
- Eine dauerhafte Etablierung der AfD erscheint wahrscheinlich. Bedenklich muss stimmen, dass vor allem in Ostdeutschland die AfD die Rolle der Protestpartei übernommen hat.
- Die FDP dümpelt bundesweit oberhalb der fünf Prozent vor sich hin und findet wenig Beachtung. In Sachsen und Brandenburg reicht dies nicht.

Und DIE LINKE?

Diese verliert nach allen Seiten. In den GöBlä 7-8/2019 hatte der Verfasser in einer Analyse zur Europawahl Horst Kahrs zitiert, der regelmäßig für die Rosa-Luxemburg-Stiftung Wahlanalysen erstellt. Dieser sah neben der fehlenden gemeinsamen Haltung der LINKEN zur EU und der fehlenden Begeisterung ihrer Wähler für die Europawahl auch die fehlende Sperrklausel mit dem Erfolg kleinerer Parteien wie der Satire-PARTEI als ursächlich für das schlechte Abschneiden an.

Dies trifft nicht auf die Landtagswahlen zu. Insofern sind die Probleme tiefgreifender.

Bei den beiden Landtagswahlen sieht er nicht das Problem darin, dass der

dortigen LINKEN die Kompetenzen als Vertreterin ostdeutscher Interessen und sozialer Belange abgesprochen werden. Bei ersteren wird sie in beiden Ländern als am kompetentesten wahr genommen, wenn auch in Sachsen dicht gefolgt von der AfD. Beim Thema soziale Gerechtigkeit wird sie in Brandenburg nur von der SPD überflügelt, in Sachsen steht sie auf Platz 1. Auch die Regierungsbeteiligung spielt keine wirkliche Rolle: In Sachsen war sie nie in einer Landesregierung und schneidet dort genauso mies ab wie in Brandenburg, wo sie in einer Landesregierung Juniorpartner ist. Es muss aber bedenklich stimmen, dass 70% der Wähler in Brandenburg meinen, DIE LINKE habe in der Regierung nichts Auffälliges durchgesetzt.

Als Grund sieht er vor allem, dass in den schrumpfenden Regionen, in denen auch die Infrastruktur wegbricht, vor allem die AfD präsent ist und mit ihrer Anti-Ausländer-Agitation Bedrohungsängste dieser Menschen anspricht.

Hinzu kommt aus meiner Sicht das negative und zerstrittene Erscheinungsbild in den letzten Monaten und der (Teil) Rückzug von Sahra Wagenknecht als populärste linke Politikerin.

Noch vor zehn Jahren erreichte DIE LINKE in ostdeutschen Ländern bei Wahlen mehr als zwanzig Prozent und wurde dort als die Partei wahrgenommen, die sich um die Sorgen und Nöte der Menschen kümmert. Das scheint vorbei.

Und in Göttingen?

Nein, es gibt keine neuen Zahlen mehr, die eigentliche Wahlanalyse ist beendet. Was in zwei Jahren bei der nächsten Kommunalwahl sein wird, lässt sich nicht mehr seriös voraussagen.

Was treibt die Menschen hier um? Was sind wichtige Aktivitäten in letzter Zeit, an denen sich auch Leser*innen der Göttinger Blätter bzw. die GöLinke beteilig(t)en und noch stärker beteiligen könnten:

- Mit Schwerpunkt in Grone gibt es dauerhafte Aktivitäten der GöLinken und ihrer Stadtteilgruppe GROBIAN gegen Mietkonzerne und Mietwucher.
- Es gibt das Göttinger Friedensbündnis wieder. So gab es zum 80. Jahrestag des Angriffskrieges von Nazi-Deutschland eine Kundgebung und einige Veranstal-

tungen. Nach längerer Pause hat dieses Jahr auch wieder eine Osterkundgebung stattgefunden.

- Die ständigen Solidaritätsaktionen für die Rechte von Flüchtlingen, beispielsweise zur Verhinderung von Abschiebungen und letztendlich erfolgreich gegen das Sammellager Siekhöhe.
- Am 20. September hat auch in Göttingen zum Klimastreik eine Demonstration mit rund 10.000 Teilnehmern stattgefunden. Auch in Göttingen hat Fridays for Future in diesem Jahr verschiedene Demonstrationen mit mehreren hundert Teilnehmern durchgeführt.
- Die Pflegekräfte wehren sich und führten im Frühsommer auch in Göttingen Kundgebungen mit mehreren hundert Teilnehmern gegen die Einrichtung einer Pflegekammer mit Zwangsmitgliedschaft durch und sammeln entsprechende Unterschriften.
- Im Stadtteil Holtenser Berg gab es am 6. September eine Demonstration mit 250 Menschen, dort bisher einmalig. Es geht um die mit dem geplanten Neubaugebiet drohenden Verkehrsprobleme mit der geplanten Aufhebung der Verkehrsberuhigung in der Europaallee. Dabei spielt auch eine Rolle, dass in diesem Stadtteil mit geringer Wahlbeteiligung die Bürger vor vollendete Tatsachen gestellt werden und die Planungen der Stadt intransparent und nicht nachvollziehbar sind. Es wird dabei nicht gegen das Neubaugebiet an sich demonstriert.

Diese Aufzählung erhebt keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit. Es gilt, sich zu beteiligen.

Literatur und Quellen:

Horst Kahrs: Die Wahl zum 7. Landtag Brandenburg und zum 7. Sächsischen Landtag am 1. September 2019, auf: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/wahlanalysen/WNB_2019-09-01_LTW19_BB-SN.pdf

Europawahlergebnisse in den Ländern: <https://bundeswahlleiter.de/europawahlen/2019/ergebnisse/bund-99/land-12.html>.

Landtagswahl Sachsen: <https://www.wahlen.sachsen.de/download/Medieninformation/LWL-26-2019.pdf>

Landtagswahl Brandenburg: <https://wahlen.brandenburg.de/wahlen/de/start/presse/~01-09-2019-vorlaeufiges-ergebnis>